

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

Mai 1947

Nr. 19

Preis S 1.-

VORWÄRTE ZUR KAMPFEINHEITSFRONT DER ARBEITERKLASSE!

Die Unmöglichkeit, bei den derzeitigen Hungerrationen noch weiterzuarbeiten, ja überhaupt leben zu können, der durch die Teuerung herbeigeführte Lohnraub, die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen, das sind die Ursachen, die die Wiener Arbeiterschaft zur Streikaktion und Demonstration vom 5. Mai getrieben haben.

INHALT DIESER NUMMER:

Vorwärts zur Kampfeinheitsfront der Arbeiterklasse!

Nur der Kampf der Arbeiterklasse kann die wahre Befreiung bringen!

Die Regierungskrise in Frankreich!

Zur Lage in Deutschland - der Kampf der deutschen Arbeiterklasse!

Streiflichter

Die Hauptschuldigen an der furchtbaren Not der Arbeiterklasse sind die österreichischen Kapitalisten. Sie haben sich sechs Jahre lang am Hitlerkrieg beteiligt und riesige Kriegsgewinne eingesteckt. Sie wollen nun die Kosten des verlorenen Krieges wie der Besetzung auf das Proletariat abwälzen, sie wollen auf Kosten der Arbeiterklasse dem verkrachten Kapitalismus in Österreich wieder auf die Beine helfen. Darum verteuern sie alle lebensnotwendigen Produkte. Darum halten sie weiter die hohen Massensteuern aufrecht. Darum verschieben sie große Warenmengen ins Ausland. Um sich eine soziale Stütze zu sichern, um die Möglichkeit zu haben, sich auf die ländlichen Massen gegen die Arbeiter stützen zu können, darum organisieren sie die bäuerliche Ablieferungssabotage. Darum muß auch die Arbeiterklasse ihren Kampf in erster Linie gegen die öster-

reichischen Kapitalisten und ihre Partei, die ÖVP, richten. Darum muß die Arbeiterklasse ihre Forderungen in jener Sprache vorbringen, die die Kapitalisten einzig und allein verstehen, die sie einzig und allein zwingen kann, diesen Forderungen nachzugeben: in der Sprache der außerparlamentarischen Massenaktion! Und weil die Wiener Arbeiterschaft am 5. Mai zum erstenmal seit langen Jahren diese Sprache wieder zu sprechen begonnen hat, daher die Wut der Bourgeoisie und ihrer Wortführer, daher die Beschimpfungen der Arbeiterschaft durch Figl.

Die verbürokratisierte Führung des Gewerkschaftsbundes hat sich gegen den Streik und gegen die Demonstration gestellt, hat sie gebremst und abgewürgt. Unter dem Druck der Arbeiter waren die Gewerkschaftsbürokraten aber immerhin gezwungen, der Regierung die Arbeiterforderungen vorzulegen. In den Tags darauf stattgefundenen Betriebsrätekongressen mußten sie den Arbeitern hierüber berichten. Die Taktik der Gewerkschaftsbürokratie ist, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Die Arbeiter müssen diese Absicht der bürokratischen Verräter durchkreuzen. Sie müssen bei allen Betriebsrätekongressen Anträge stellen, die die Gewerkschaftsführung verpflichten, nach 14 Tagen oder spätestens vier Wochen über die Durchführung der von ihr akzeptierten Forderungen den Betriebsräten neuerlich Rede und Antwort zu stehen. Die Betriebsräte müssen auf diesen Konferenzen die Berichte mit der tatsächlichen Lage vergleichen. Nur so werden sie zwischen Worten und Taten unterscheiden können. Nur so werden sie die Gewerkschaftsführung dauernd unter Druck halten, die Gewerkschaften wirklich in Bewegung setzen.

Gleich den Gewerkschaftsspitzen hat sich die SP offen gegen die streikenden Arbeiter gestellt. Sie behauptet, es habe sich nur um eine Aktion der Stalinpartei gehandelt. Das ist nicht wahr! Es waren größtenteils sozialdemokratische Arbeiter, gegen die der sozialdemokratische Innenminister Helmer um die Assistenz der alliierten Militärpolizei bat. Die SP versucht durch eine wüste Hetze gegen die Stalinpartei die Arbeiter zu spalten, sozialdemokratische gegen stalinistische Arbeiter auszuspielen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der wahren Urheberin ihres Elends, der österreichischen Bourgeoisie, ab; sie versucht, die Erbitterung der Arbeiter nur gegen die russische Besatzungsmacht zu lenken. Unter dem Druck der Arbeiter war sie jedoch gezwungen, ein Forderungsprogramm aufzustellen, das wichtige Arbeiterforderungen enthält. Die Arbeiter müssen die SP beim Wort nehmen! Sie müssen verlangen, daß es nicht bei dem papierenen Programm bleibt, sondern daß die SP den wirklichen Kampf hierfür aufnimmt. Sie müssen die SP zwingen, mit der Spaltungshetze Schluß zu machen und an ihrer Stelle und auf dem Boden ihres eigenen Forderungsprogramms die Kampfeinheitfront der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten herzustellen. Genug der Worte! Genug der Programme, wenn sie nur auf dem Papier bleiben! Kampf für die Verwirklichung der Arbeiterforderungen durch die außerparlamentarische Massenaktion!

Gleich der SP steht die Stalinpartei auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Sie macht gegenwärtig, den Bedürfnissen der russischen Außenpolitik folgend, einen "linken" Kurs. Die Arbeiter dürfen sich nicht täuschen lassen. Der Stalinpartei geht es nicht um die Arbeiterinteressen; sie will nur die Kraft der Arbeiter ausnützen, um der Bourgeoisie eine der SU zugewandte Außenpolitik aufzuzwingen. Hat sie das erreicht, so wird sie die erste sein, die sich gegen die Arbeiterforderungen stellt.

Auch die Stalinpartei hat ein Forderungsprogramm aufgestellt. Aber was macht sie praktisch, um dieses, das im Wesentlichen mit dem SP-Programm identisch ist, durchzusetzen? Wodurch unterscheidet sie sich in ihrem praktischen Handeln von der SP?

NUR DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE KANN DIE WAHRE BEFREIUNG BRINGEN!

Die Verhandlungen der sogenannten "Großen Vier" in Moskau sind gescheitert. In der Tatsache, daß über die zur Beratung stehenden Fragen keine Einigung erzielt werden konnte, kommen die tiefen und auf die Dauer unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Imperialisten und SU zum Ausdruck; knapp zwei Jahre nach der Beendigung des Krieges ist die Welt bereits wieder in zwei feindliche Blocks zerfallen. Die kapitalistischen Freundschaftsbeteuerungen zur SU entlarven sich nun endgültig als Schwindel, der den Zweck hat, die Massen über die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu täuschen, die verlogenen Tiraden der Sowjetdiplomatie erweisen sich ebenso als eine seltsame Mischung bürokratisch-kurzsichtiger Illusionen und zynischen Betrugs an den Massen. Vergessen, als überflüssiger Plunder beiseitegelegt sind die Phrasen über die "Befreier"rolle der "Alliierten"; weder die Imperialisten noch die von der Kremlclique geführte SU räumen die von ihnen besetzten Länder, Deutschland bleibt weiter zerstückelt, Österreich weiter von den Truppen der "Befreier" besetzt. Imperialisten und Sowjetbürokratie erweisen sich gleichermaßen unfähig, den "befreiten" Völkern die Freiheit, allen Völkern einen wirklichen Frieden zu geben.

Die Gesichtspunkte der Imperialisten

Stand auch bei den Moskauer Beratungen die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland an erster Stelle, so bildete der österreichische Staatsvertrag doch einen wichtigen Teil desselben: zum Zweck der Niederhaltung Deutschlands muß die "Selbständigkeit" und "Unabhängigkeit" Österreichs garantiert werden.

Die USA, England und Frankreich bestimmen ihr Verhältnis zu Österreich ausschließlich nach imperialistischen Gesichtspunkten. Es geht ihnen erstens um unmittelbare Profitinteressen. Österreich soll dauernd als Konkurrent auf dem europäischen und Weltmarkt ausgeschaltet, es soll in seiner industriellen Produktion beschränkt, bestimmter Industrien beraubt bleiben; seine Abhängigkeit von den Rohstoffmärkten der Welt soll zu seiner völligen ökonomischen und politischen Versklavung ausgenutzt, es soll in eine Finanzkolonie der Imperialisten verwandelt werden. Und aus diesem ständig von den Imperialisten mit einem Würgegriff niedergehaltenen Land sollen darüber hinaus noch möglichst große Reparationsleistungen erpreßt werden. Und es geht den Imperialisten zweitens um politisch-strategische, d.h. um Machtinteressen.

Seine ökonomische Vormachtstellung, seine ungeheuren Kriegsgewinne und Reserven erlauben dem amerikanischen Imperialismus, in Bezug auf Reparationsforderungen vorsichtiger, versteckter zu handeln als seine übrigen Partner. Sein "großmütiger Verzicht" auf Reparationen ist jedoch in Wirklichkeit bloß ein Verzicht auf unmittelbare Reparationsleistungen, ist sein Einlagekapital in das österreichische Geschäft, das sich ihm in nicht zu ferner Zukunft nicht nur politisch, sondern auch ganz handgreiflich materiell verzinsen soll.

England und Frankreich sind in einer ungünstigeren Lage als die USA; dementsprechend verlangen sie auch von Österreich unmittelbare Reparationsleistungen.

Ist der USA-Imperialismus hinsichtlich der Reparationen scheinbar großzügig, kann er, auf diese seine Haltung hinweisend, nicht ohne Erfolg die Rolle des "uneigennütigen Freundes" spielen, dem es nur um die "Freiheit" und "Unabhängigkeit" Österreichs geht, so ist er auf politischem Gebiet umso aggressiver. Der Kampf

Die verwickelte Vielfalt der Antagonismen zwischen den Interessen der amerikanischen und englischen Imperialisten und der Sowjetbürokratie sowie die Gegensätzlichkeit dieser Interessen zu den Nöten der Massen sind so groß, daß die Sieger eine allgemeine Diskussion vor der öffentlichen Meinung fürchten; sie ziehen es vor, sich in größtmöglicher Verborgenheit in schmutzigem Kuhhandel zu ergehen, der willkürlich und in zynischer Form über das Schicksal von Millionen Menschen in Europa und den kolonial unterdrückten Ländern entscheidet.

Das Exekutivkomitee der IV. Internationale über die "Friedensverhandlungen der "Alliierten"

zwischen Imperialisten und SU in und um Österreich hat deshalb fast ausschließlich die Form eines amerikanisch-russischen Duells angenommen.

Was sind also die wirklichen Ziele der USA, Englands und Frankreichs in Österreich? Es soll zu einer Melkkuh der Imperialisten werden, soll auf einen halbkolonialen Status herabgedrückt, in eine Finanzkolonie des anglo-amerikanischen Kapitals verwandelt werden; und es soll darüber hinaus ein Stützpunkt zur imperialistischen Beherrschung Europas, ein Sprungbrett für die wirtschaftliche, politische und strategische Vorbereitung der imperialistischen Aggression gegen die SU werden. Das sind die wahren Absichten der von den USA geführten Imperialisten in und um Österreich!

Die Rolle der Sowjetunion

Die Politik der heutigen SU kann man nur verstehen, wenn man die Rolle der heute in ihr herrschenden Schicht, der entarteten Sowjetbürokratie, versteht, deren Exponent die Stalinclique ist. Schmarotzer am sozialistischen Eigentum, verteidigt die Bürokratie dieses gegenüber dem Imperialismus als der Basis ihrer Macht, ihrer bürokratischen Privilegien, ihrer bürokratischen Pfründen. Indes ist sie gezwungen, gleichzeitig ihre privilegierte Stellung gegenüber den Massen zu verteidigen, über die sie sich erhoben hat. Ihre politischen Methoden werden ihr durch diese ihre Doppelrolle vorgeschrieben.-

Die Abhängigkeit der SU vom Weltmarkt und der Weltwirtschaft ist heute größer als vor dem Krieg. Trotz der unleugbaren Überlegenheit der planwirtschaftlichen über die kapitalistischen Methoden ist dies der Beweis dafür, daß der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft nicht in einem einzigen Lande, auch wenn es sich dabei "um ein sechstel der Erdoberfläche" handelt, sondern nur innerhalb der internationalen Arbeitsteilung, nur als internationale Zusammenarbeit zunächst der fortgeschrittensten Länder durchgeführt werden kann. Die Aufgabe besteht darin, den Rahmen der dem Imperialismus entrissenen und planifizierten Wirtschaft zu erweitern, d.h. mit Hilfe geeigneter Methoden die Expansion der Sowjetwirtschaft auf ein immer größeres Territorium unseres Planeten herbeizuführen.

Die Sowjetbürokratie hat in der SU ihre bonapartistische Diktatur aufgerichtet; sie behauptet sich gegen die Massen durch die Anwendung aus dem Arsenal des Faschismus entlehnter Methoden. Der politisch konterrevolutionäre Charakter ihres Regimes verwehrt es ihr, die Aufgaben der Verteidigung des sozialistischen Eigentums wie der Sowjetexpansion mit proletarisch-revolutionären Methoden, d.h. im Geiste des proletarischen Internationalismus zu lösen. Die Außenpolitik des Kreml wie die Politik der von ihm abhängigen "kommunistischen" Parteien ist darum zum größten Hindernis in der Entwicklung der internationalen proletarischen Revolution geworden. Das Verhalten und die Forderungen der Kremlclique auf der Moskauer Konferenz hat diese Tatsache noch einmal bestätigt.

Vom "Sozialismus in einem Lande" zur Ausplünderung der unterworfenen Länder

Die Außenpolitik der Sowjetbürokratie war bis zum Kriegsbeginn auf die Erhaltung des Status quo, auf die Erhaltung der bestehenden Grenzen, auf den "unteilbaren Frieden" ausgerichtet, war eine Politik der nationalen Selbstgenügsamkeit. "Keinen Fußbreit fremden Bodens wollen wir, keinen Fußbreit Boden lassen wir!" In diesen Worten Stalins fanden sowohl die bürokratischen Illusionen in bezug auf die Möglichkeiten des Aufbaus des Sozialismus "in einem Lande", d.h. auf den ungestörten Genuß der bürokratischen Pfründen ihren Ausdruck, als auch die bürokratischen Besorgnisse, die Verletzung des Status quo könne Ereignisse auslösen, deren Umfang und Tragweite nicht abzuschätzen und die auch die Grundlagen des bonapartistischen Regimes in der SU in Frage stellen könnten.

Der Krieg eröffnete eine Periode schwerster internationaler Konflikte und Zusammenstöße, eine Periode, die noch lange andauern wird und die SU in den Mittelpunkt der kriegerischen Auseinandersetzungen stellt, eine Periode, in der sich das Schicksal der SU nicht nur als Arbeiterstaat, sondern auch als Weltmacht entscheiden wird. Während des Krieges war die SU gezwungen, bedeutende Mengen an Waffen, Munition und anderen Mitteln der materiellen Kriegführung, wie Maschinen, Lebensmittel u.dgl. von den USA zu beziehen; der Bürokratie wurde so die Abhängigkeit der Sowjetwirtschaft nicht nur von der Weltwirtschaft als ganzen, sondern auch von der Wirtschaft einzelner ihr überlegener kapitalistischer Länder vor Augen geführt. Die Bürokratie mußte ihren Standpunkt radikal ändern; ausgehend von der Theorie der sozialistischen Selbstgenügsamkeit "in einem Lande" gelangte sie schließlich zur Praxis der militärischen Okkupation und Annexion ganzer Länder, einer Politik, die, durch brutale Reparationsforderungen ergänzt, die SU in den Augen der Massen der unterlegenen und besetzten Länder kompromittiert und verhaßt macht.

Die SU ist innerhalb des Lagers der "Alliierten" der Geschlagene. Ihre durch den Krieg verursachten menschlichen und materiellen Verluste sind ungeheuer. Während die Produktionskapazität der USA sich während des Krieges noch weiter gesteigert hat und niemals größer als jetzt war, wird die SU Jahre brauchen, um auch nur das Vorkriegsniveau ihrer Produktion wieder zu erreichen. Die der sowjetischen Übergangswirtschaft anhaftenden Disproportionen, die ihren wesentlichsten Ausdruck in dem Mißverhältnis zwischen Schwerindustrie und der Produktion von Massenverbrauchs-gütern hatte, wurde durch den Krieg und seine Auswirkungen noch verschärft. Ein bedeutender Teil der während der ersten Fünfjahrpläne auf Kosten der Verbrauchsgüterindustrie, d.h. des Massenkonsums so mühsam und unter so großen Opfern errichteten Schwerindu-

strie wurde zerstört. Ohne Hilfe der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder kann die SU ihren schwer angeschlagenen Produktionsapparat nicht regenerieren, geschweige denn ihn auf ein Niveau heben, das ihr gestattet, sich in einer eventuellen Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Imperialismus zu behaupten. Die Aufgabe besteht darin, durch Forcierung der internationalen proletarischen Revolution, durch bedingungslose Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse der vorgeschrittenen Länder den Arbeitern zu helfen, die Kapitalistenklasse in diesen Ländern zu stürzen, die proletarische Diktatur aufzurichten und dann die Wirtschaft dieser Länder mit der Sowjetwirtschaft zu vereinen. Ihre derzeitige bürokratische Führung verwehrt es der SU, den revolutionären Weg zu gehen. Es bleibt ihr nur übrig, die Fragen der wirtschaftlichen Regeneration wie der militärischen Verteidigung auf Kosten der Besiegten und von ihr besetzten Länder zu lösen. Nur hier ist die Wurzel der von der SU betriebenen Politik der Annexionen, der Okkupationen und Reparationen zu suchen, eine Politik, die im schärfsten Widerspruch zu den Forderungen des proletarischen Internationalismus steht, das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Nationen mit Füßen tritt, die Massen der von der SU besetzten Länder zurück in die Arme der Imperialisten treibt.

Die Streitpunkte zwischen Imperialisten und SU

Von diesen Gesichtspunkten aus müssen wir die Differenzen zwischen Imperialisten und SU beurteilen, die den Abschluß des Österreichvertrages verhindert haben. Es waren im wesentlichen vier Fragen:

1. Die Frage des "deutschen Eigentums". Auf der unmittelbar nach der Beendigung des Krieges in Europa (Japan hatte noch nicht kapituliert und der USA-Imperialismus deshalb noch nicht die Hände frei!) in Potsdam zwischen den USA, England und der SU abgehaltenen Konferenz wurde die Frage der von den besiegten Ländern zu leistenden Reparationen behandelt; das sogenannte "deutsche Eigentum" in der östlichen Zone Österreichs wurde der SU zugesprochen. Für die Sowjetbürokratie ist dieser Punkt der wichtigste, da er ihr, wie gesagt, gestattet, auf Kosten der besetzten Länder den sowjetischen Produktionsapparat schneller zu rekonstruieren. Die Imperialisten sind in dieser Frage besonders unnachgiebig, da nicht nur direkt anglo-amerikanische Kapitalinteressen (z.B. in Zistersdorf) auf dem Spiel stehen, sondern weil sie vor allem jede Stärkung des russischen Industriepotentials verhindern wollen.
2. Die jugoslawischen Gebietsforderungen. Durch Abtrennung eines großen Teiles von Kärnten und Untersteiermark will die SU ihr "Glacis" "abrunden". Obwohl es sich um strategisch wichtige Gebiete handelt, scheint sie jedoch diese Forderung nur als eine Art Wechselgeld zu betrachten, um damit ein Nachgeben der Imperialisten in der Frage des "deutschen Eigentums" einzutauschen.
3. Die Reparationsforderungen der Westmächte. Diese, die unter dem harmlosen Namen "Wiedergutmachung für das während der deutschen Besetzung zu Schaden gekommene alliierte Eigentum" segelt, sind sehr hoch; die englische "Arbeiter"regierung präsentiert im Auftrag ihrer Kapitalisten eine Rechnung von ca. zwei Milliarden Schilling; der vom Bankrott bedrohte imperialistische Halbsieger Frankreich stellt ebenfalls bedeutende Forderungen. Die Reparationsansprüche

der Imperialisten stoßen hier direkt mit denen der SU zusammen.

4. Die Wiederherstellung der Pfand- und Kontrollrechte der Imperialisten auf Grund der früheren österreichischen Auslandsschulden. Durch sie wurde Österreich auch rechtlich in eine Finanzkolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus verwandelt.

Das sind also die Fragen, die den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages verhindert haben. Das einzige, worüber sich Imperialisten und SU einigen konnten, war die Einsetzung einer Sonderkommission, die in Wien tagen und diese Fragen nochmals "prüfen" soll. Es ist klar, daß die Hauptarbeit nicht innerhalb dieser Kommission geleistet werden wird. Die nächsten Monate werden zweifellos eine Verstärkung des imperialistischen Drucks auf die SU bringen, um diese mühe zu machen. Die seit Beendigung der Konferenz gemachten Äußerungen sowohl der imperialistischen Vertreter wie der Kremliques lassen jetzt schon erkennen, zu wessen Gunsten dieses Ringen ausfallen wird. Die Imperialisten betonen ihre Unnachgiebigkeit, betonen die Notwendigkeit, "hart zu bleiben"; die Kremliques spricht von ihrer Verständigungsbereitschaft bis auf eine einzige Frage: die des "deutschen Eigentums". Sie wird auch hier nachgeben, so wie sie in der persischen und anderen Fragen klein beigeben hat.

Die Massen müssen die Zeche bezahlen

Hat also die Moskauer Konferenz gar kein Ergebnis gehabt? Doch, ein Ergebnis hatte sie, und dieses Ergebnis ist sehr wesentlich! Auf dem Rücken und auf Kosten der Massen der besiegten und besetzten Länder, auf dem Rücken und auf Kosten vor allem auch der österreichischen Arbeiterklasse sollen die Gegensätze zwischen Imperialisten und SU ausgetragen werden.

Österreich bleibt weiter besetzt, das Besatzungsregime wird auf unbestimmte Zeit verlängert. Dieses Regime verweigert den Arbeitern wichtige demokratische Rechte und Freiheiten. Die Besatzungstruppen sind ein sehr massives Hindernis in bezug auf die Entfaltung eines wirklich ernsthaften Kampfes für die Interessen der Massen, in bezug auf die Mobilisierung der Massen zur außerparlamentarischen Aktion. Gleichzeitig begünstigt das Besatzungsregime die Rauboffensive der österreichischen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Die Kosten der Besetzung sind immens; die österreichischen Kapitalisten wälzen sie einfach auf die Massen ab. Das Hinaufklettern der Preise, die sprunghafte Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die Beibehaltung der die Massen belastenden Sondersteuern aus der Zeit des Nazikrieges, die Sabotage der Versorgung der Massen mit den notwendigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, das Aufblühen des Schleichhandels, die massenhafte Verschiebung in Österreich produzierter Waren zugunsten ausländischer Bankkonti der österreichischen Kapitalisten, die aus dem allen resultierende Senkung des Lebensstandards der Massen auf das heutige Hungerniveau ist das Ergebnis der von der österreichischen Bourgeoisie geführten Rauboffensive gegen die Arbeiterklasse, um die Kosten des verlorenen Krieges wie der Besetzung auf diese abzuwälzen, um den verkrachten Kapitalismus in Österreich auf Kosten der Arbeiterklasse zu sanieren.

Verlängerung der Besetzung bedeutet fortschreitende Verelendung, bedeutet aber auch zugleich fortschreitende Verschlechterung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, fortschreitende Stabilisierung des Machtapparates der Bourgeoisie!

Immer noch werden Fabriken abmontiert, wertvolle Maschinen und Werkzeuge verschleppt, immer noch muß ein bedeutender Teil der österreichischen Produktion an die Besatzungsländer abgegeben werden.

Verlängerung des Besatzungsregimes bedeutet Verlängerung der offenen Ausplünderung des Landes!

Die Besatzungstruppen werden, entgegen allen lügenerischen Behauptungen der "Alliierten", mit in Österreich produzierten Lebensmitteln verpflegt, während die österreichischen Arbeiter am Verhungern sind; in Österreich produzierte Lebensmittel werden in alliierte Länder ausgeführt.

Verlängerung des Besatzungsregimes bedeutet Verlängerung einer der direkten Ursachen des Hungers!

Die Enttäuschung der Massen über den Nichtabschluß des Staatsvertrages und die damit verbundene Verlängerung des Besatzungsregimes auf unbestimmte Zeit ist groß. Doch ebenso groß sind die Illusionen der Massen über diesen Vertrag selbst. Der Vertrag hätte nicht, wie es Sozialdemokratie und Stalinpartei verkündeten, Österreich nach der "Befreiung" die endgültige Freiheit gebracht. Er wäre das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Imperialisten und Kremlclique gewesen. Von beiden hat die Arbeiterklasse nichts zu erhoffen! Beide trampeln das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen. Beide gehen auf die Unterdrückung und Ausplünderung der von ihnen besetzten Länder aus. Der Inhalt eines solchen von ihnen geschlossenen Kompromisses wäre nur die in den Formen eines "Staatsvertrages" erfolgte Festlegung der Anteilsquoten an der Ausplünderung Österreichs gewesen.

Nur der Kampf der Arbeiterklasse kann die wahre Befreiung bringen!

Welche Folgerungen muß das Proletariat, müssen vor allem die vorgeschrittenen Arbeiter aus all dem ziehen? Sie müssen jede Hoffnung, daß die sogenannten "Befreier" Österreichs diesem vielleicht doch noch die "endgültige Freiheit" geben, d.h. von der Unterdrückung und Ausplünderung dieses Landes ablassen werden, als törichte Illusion bekämpfen. Sie müssen den Arbeitern erklären, daß der von der Bourgeoisie und der SP herbeigeflüchte "Staatsvertrag" nur die Form dieser Ausplünderung ändert. Nicht bitten, nicht flehen, nicht "bravsein", nicht irgendein hinter dem Rücken des Volkes als Ergebnis geheimer Verhandlungen abgeschlossener "Staatsvertrag" wird die Lage der Arbeiterklasse verbessern; helfen kann nur die Aufnahme des entschlossenen Massenkampfes gegen die wirklichen Ursachen des Elends!

Gegen wen soll dieser Kampf geführt werden? Wie soll dieser Kampf geführt werden?

Die österreichischen Kapitalisten sind die Hauptschuldigen an dem Elend der Massen. Die Besetzung des Landes ist die Folge des auch von ihnen herbeigeführten Krieges. Sie wollen die Kosten des verlorenen Krieges auf die Massen abwälzen. Der Hunger ist vor allem ihr Werk. Darum: Kampf in erster Linie gegen die eigene Bourgeoisie! Kampf für die unmittelbaren Interessen der Massen, Kampf für die Durchsetzung dieser Interessen auf Kosten der Bourgeoisie, das ist das wichtigste und in Wahrheit einzige Mittel, um den Massen zu helfen!

Die Besetzung des Landes verschärft die Massennot. Die Arbeiterklasse muß für die Aufhebung der Besetzung kämpfen. Sie darf die Führung in diesem Kampf nicht der Bourgeoisie anvertrauen. Wenn die Bourgeoisie selbst unter der Last der Besetzung ächzt,

wenn sie schon gar zu gerne wieder alleiniger "Herr im Hause" sein möchte, wenn ihr der aus der Arbeit und dem Hunger der Massen entspringende Profit an allen möglichen Ecken und Enden und auf alle mögliche Weise von den "Befreiern" beschnitten wird, so wird sie doch keinen Augenblick zögern, auf Grund eines für sie vorteilhaften Kompromisses Österreich mit Haut und Haaren an das anglo-amerikanische Finanzkapital zu verkaufen, so wie sie keinen Augenblick zögern wird, die Hilfe der ausländischen Imperialisten gegen das österreichische Proletariat anzurufen.

Die Stalinpartei tut in letzter Zeit so, als ob sie nun endlich einen Anlauf zum Kampf gegen die Bourgeoisie nehmen würde. Allein in dieser Haltung der Stalinpartei spiegelt sich nur die Spannung zwischen der Sowjetbürokratie und den sich ganz dem anglo-amerikanischen Finanzkapital verschriebenen österreichischen Kapitalisten wider. Die Stalinpartei will die Bourgeoisie nur zur Annahme eines prorussischen Kurses zwingen; ihr geht es nicht um die Arbeiterinteressen, sondern um die Interessen der Kremlclique. Sollten die Imperialisten und die von ihnen abhängige österreichische Bourgeoisie mit der SU ein Kompromiß schließen, so wird die Stalinpartei die erste sein, die den Kampf der Arbeiter abwürgt.

Die Stalinpartei ist in Wirklichkeit gegen das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes. Sie hat im Herbst 1945 von allen Wiener Plakatwänden herab "die Truppen unserer alliierten Befreier" begeistert begrüßt. Sie tritt auch heute offen als Agent der russischen Besatzungsmacht auf. Sie beschönigt das antidemokratische Verhalten der SU in den besetzten Ländern, heißt es für gut. Sie unterstützt die Reparationsforderungen der SU, erklärt sie für berechtigt. Sie verschweigt, daß auch die russischen Reparationsforderungen auf Kosten der österreichischen Arbeiterklasse gehen. Die Arbeiter müssen gegen jede Reparationsforderung kämpfen. Beszüglich des sogenannten "deutschen Eigentums" müssen sie für dessen entschädigungslose Enteignung eintreten, den Kampf hierfür mit dem Kampf für die entschädigungslose Enteignung der österreichischen Monopolkapitalisten verbinden.

Die SP ist mit der österreichischen Bourgeoisie im offenen Bündnis. Ihre Propaganda gegen die Besetzung richtet sich fast ausschließlich gegen die SU. Sie verschweigt den Massen die wahren Pläne der Imperialisten in bezug auf Österreich. Das einzige, wozu sie sich aufschwingt, ist, gleich einem Bettler die "Befreier" anzuflehen, sie möchten "uns" doch endlich "unseren" Staatsvertrag geben. Die SP weicht jedem wirklichen Kampf aus; sie sagt, daß ein solcher Kampf nicht möglich sei, solange fremde Truppen im Lande sind, daß ein solcher Kampf die Besetzung verlängere. Das Gegenteil ist wahr! Je weniger die Massen sich führen, je geduldiger sie sind, desto mehr wird ihnen das Fell über die Ohren gezogen werden.

Selbstverständlich müssen die Arbeiter bei ihren Aktionen auf die Besetzung des Landes durch fremde Truppen Rücksicht nehmen. Wo es nur irgendwie angeht, müssen sie den Soldaten der Besatzungstruppen erklären, wie furchtbar die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiterklasse heute sind, um sie zur Solidarisierung mit dem Kampf der Arbeiterklasse oder zumindest zur wohlwollenden Neutralität zu bringen. Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen müssen sie vermeiden; nur faschistische Provokateure können ein Interesse an solchen, die unvermeidlich schwere Opfer kosten müssen, haben. Allein jede ihrer Aktionen, kleine und große, müssen die Arbeiter mit den laut und deutlich ausgesprochenen Forderungen verbinden:

DEMOKRATISCHES SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR DAS ÖSTERREICHISCHE VOLK! DEMOKRATISCHES SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR ALLE UNTERDRÜCKTEN VÖLKER!

**SCHLUSS MIT DER BESETZUNG DES LANDES! SOFORTIGER UND
BEDINGUNGSLOSER ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN!**

Das Österreichische Proletariat bedarf in seinem Kampf der Unterstützung durch die Arbeiter der anderen Länder. Es ist insbesondere die Pflicht der Arbeiterklasse der Besatzungsmächte, von ihren Regierungen den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen wie den Verzicht auf jede Reparationsleistung zu verlangen. Wir Internationalen Kommunisten erklären den Arbeitern, daß nur der solidarische Kampf des internationalen Proletariats den besetzten Ländern die Befreiung bringen kann. Wir wissen, daß in diesem Kampf die Sektionen unserer Partei, die Sektionen der Vierten Internationale der Arbeiterklasse in allen Ländern vorangehen werden.

XXXXX

DIE REGIERUNGSKRISE IN FRANKREICH!

Die Stalinpartei ist aus der französischen Regierung hinausgefliegen. Der unmittelbare Anlaß hierzu war der Streik der 20.000 Arbeiter der verstaatlichten Renaultwerke.

Gleich der SP war die Stalinpartei in Frankreich "im Interesse des Wiederaufbaus" gegen Lohnerhöhungen. Sie war darum ursprünglich auch gegen die Lohnforderungen der Renaultarbeiter. Die stalinistische "Humanité" vom 27.4. schrieb folgendes unter dem Titel "Manöver gegen die Gewerkschaften und die Verstaatlichung": "Die reaktionäre Presse versucht seit gestern, der sechsen in den Renaultwerken ausgebrochenen Streikbewegung, die durch eine Handvoll von Trotzlisten, denen es gelang, von insgesamt 30.000 Arbeitern dieser Werke 1500 mit sich zu reißen, ausgelöst wurde, eine besondere Bedeutung zu geben. Das gaullistische Organ "Combat" schreibt, daß das Streikkomitee der Renaultarbeiter von deren Gewerkschaftsorganisation im Stich gelassen wurde und daß die Löhne in diesen Werken unter denen der nichtverstaatlichten lägen. Man kann noch klarer sagen, daß hinter den Urhebern dieser Bewegung die Männer der R.P.F. (der Partei de Gaulles. Die Red.) stehen, die damit ein Manöver gegen die Verstaatlichung und gegen die Gewerkschaften planen und die Verteidigung der Löhne nur als Vorwand ihrer Bestrebungen angeben". Soweit also die "Humanité".

Die stalinistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die in die Renaultwerke gekommen waren, um die Arbeiter zu beschwichtigen, wurden ausgepiffen; einige Tage später schlossen sich den "von den Trotzlisten aufgehetzten" 1500 Arbeitern alle übrigen Arbeiter der Renaultwerke an. Unter dem Druck dieser Tatsache war nun die Stalinpartei gezwungen, die Forderungen der Arbeiter, die noch ein paar Tage vorher "ein Manöver de Gaulles gegen die Verstaatlichung und die Gewerkschaften" waren, zu den ihrigen zu machen.

Der sozialistische Ministerpräsident Ramadier wandte sich scharf gegen die streikenden Arbeiter und stellte im Parlament deswegen die Vertrauensfrage. Die Stalinpartei mußte gegen die Regierung stimmen, um sich die Gefolgschaft der Betriebsarbeiter zu erhalten. Sie wurde deshalb von Ramadier aus der Regierung hinausgeworfen, obwohl sie sich nur sehr schweren Herzens von den Ministersesseln trennte.

Doch R a m a d i e r sollte seines "Sieges" über die Stalinpartei nicht froh werden. Die Pariser Parteiorganisation der SP lehnte die Politik R a m a d i e r s ab und verlangte die Unterstützung der streikenden Arbeiter sowie die Einstellung des Krieges in Indochina. Auf der Konferenz der Gesamtpartei konnten die R a m a d i e r - B l u m nur mit Aufbietung aller bürokratischen Künste eine knappe Mehrheit für ihre Politik erreichen. Die SP ist politisch gespalten, ihre organisatorische Spaltung ist nur eine Frage der Zeit. Der Prozeß der Auflösung der SP nimmt beschleunigte Formen an. Doch er wird bei der SP nicht stehenbleiben, sondern auf die Stalinpartei übergreifen. Die Stalinpartei kam diesmal noch mit einem blauen Auge davon. Aus der Regierung hinausgeworfen, gab sie sofort eine Erklärung ab, sich ihrer "Verantwortung für den Wiederaufbau" bewußt zu sein und dennoch wie eine Regierungspartei zu handeln. Das wird sie in kurzer Zeit in einen neuerlichen und noch viel heftigeren Gegensatz zur Arbeiterklasse bringen.

Der Streik der Renaultarbeiter, die sich die Forderung der IV. Internationale nach Einführung der "gleitenden Lohnskala" zu eigen gemacht haben, hat eine Streikwelle in ganz Frankreich ausgelöst. Eine neue Periode gesteigerter Klassenkämpfe hat begonnen. Unsere französische Sektion, die PCI hat sich sicher durch ihr kämpferisches Verhalten das Vertrauen eines bedeutenden Teiles der Arbeiter der Renaultwerke, die bisher eine stalinistische Hochburg waren, erworben. Die PCI hat alle Chancen, in der nun beginnenden Periode zur Massenpartei zu werden.

XXXXX

ZUR LAGE IN DEUTSCHLAND - DER KAMPF DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE

Das bedeutsamste Ereignis des internationalen Klassenkampfes war in den letzten Wochen unzweifelhaft das seit dem Jahre 1933 erstmalige Wiederauftreten des deutschen Proletariats in einer Aktion, die ihren Höhepunkt in dem 24-stündigen Generalstreik von 300.000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet erreichte. Um die Ereignisse zu verstehen und richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, sich zuerst einen allgemeinen Überblick über die Lage in Deutschland zu machen, obwohl dies der Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Materials und der gewaltsamen Isolierung Deutschlands von der übrigen Welt halber schwierig ist.

Der deutsche Imperialismus hat eine Niederlage erlitten, wie sie in der Geschichte irgendeines kapitalistischen Staates noch nie dagewesen ist. Sein industrieller Produktionsapparat ist zu einem erheblichen Teil zerstört worden. Seine größten Städte, Häfen und Transportmittel wurden vernichtet. Zu der durch den Krieg verursachten ungeheuerlichen Sterblichkeit, kam noch nach dem Zusammenbruch und der Besetzung, die Gefangennahme des Großteils der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung hinzu. Die Plünderungen und Zerstörungen, die die alliierten Besatzungstreitkräfte ausführten, verstärkten noch den allgemeinen Auflösungsprozeß der Wirtschaft Deutschlands. Politisch wurde in Deutschland die brutale Militärdiktatur der Siegermächte aufgerichtet.

Der Status Deutschlands nach der Niederlage

Wenn wir heute eine Landkarte Deutschlands betrachten, in der die Aufteilung des Landes in die vier Besatzungszonen verzeichnet ist, dann kommt uns erst richtig zu Bewußtsein, daß es eigentlich kein souveränes Deutschland mehr gibt. Der ehemals führende und leistungsfähigste Industriestaat Europas wurde gewaltsam zerstückelt und verstümmelt, seine Bevölkerung auf engsten Raum zusammengedrängt. Nach den Darlegungen B i d a u l t s auf der Außenministerkonferenz in Moskau, würde die Gesamtbevölkerung Deutschlands, nach Rückkehr aller Kriegsgefangenen, rund 70 Millionen erreichen, oder 196 Personen pro Quadratkilometer. Damit ver gleiche man die Bevölkerungsdichte von 75 pro Quadratkilometer in Frankreich und 62 in Polen. Mit Ausnahme von Holland und Belgien wird die Bevölkerungsdichte Deutschlands viel größer sein als die seiner Nachbarländer.

Die gewaltsame politische Zerreißung Deutschlands in vier Besatzungszonen zerstört nicht nur einen einheitlich gewachsenen Gesellschaftsorganismus, sondern diese Trennung birgt, je länger sie erzwungen wird, die Gefahr einer in den einzelnen Zonen immer mehr voneinander abweichenden ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung in sich. Die durch den allgemeinen Verfall des Kapitalismus sich ergebenden Widersprüche werden somit besonders verschärft und für die Massen ins unerträgliche gesteigert.

Die Zwangsabrüstung der deutschen Wirtschaft

Um den deutschen Konkurrenten am Weltmarkt auszuschalten, wurde in den vom alliierten Kontrollrat am 28. März 1946 beschlossenen Plan, eine bedeutende Reduzierung der Produktionskapazität der Wirtschaft Deutschlands, sowie die Höhe der von Deutschland zu leistenden Reparationen festgesetzt.

Dieser reaktionäre Raub- und Ausplünderungsplan, der die Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse darstellt, wurde noch sich völlig widersprechenden Grundsätzen aufgestellt: denn einerseits soll das deutsche Kriegspotential beseitigt werden und zu diesem Zweck muß Deutschland industriell abgerüstet werden. Andererseits soll aber Deutschland erhebliche Reparationen bezahlen. (Es wurden vertraglich festgelegt 10 Milliarden Dollar an die SU und 10 Milliarden Dollar an die übrigen Alliierten). Dabei soll aber Deutschland seine Landwirtschaft und "Friedensindustrie" so entwickeln, damit der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung, der auf den "europäischen Durchschnitt" herabgesetzt wird, ohne fremde Hilfe aufrechterhalten werden kann.

Der Plan beruht außerdem auf der Annahme, daß Deutschland als geschlossene Wirtschaftseinheit behandelt und Märkte für seine Exportgüter finden wird. Erfüllen sich diese Bedingungen nicht, so wird der Plan unwirksam, der übrigens noch die ausdrücklich festgelegte Bedingung der Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung und die Unveränderlichkeit der deutschen Westgrenzen enthält.

Die unmittelbar praktische Bedeutung des Planes besteht jedoch darin, daß er festsetzt, welche industriellen Einrichtungen nunmehr in Deutschland als "überflüssig" bezeichnet und daher zu Reparationen herangezogen werden können. Seine bedeutendste Auswirkung besteht in der Herabsetzung der deutschen Industrieproduktion auf durchschnittlich die Hälfte der Produktion des Jahres 1938. So wird die Stahlproduktion 58 Millionen Tonnen pro Jahr, das sind 40% der deutschen Vorkriegsproduktion betragen. Die entsprechenden

Quoten für Kupfer betragen 48%, für Zink 60%, Blei 54%, Zinn 50% und Nickel 18%. Davon werden verschiedene Industrien in verschiedener Weise betroffen. So unterscheidet man verbotene Industrien, wie die Rüstungs- und die chemische Industrie. Unter den beschränkten Industrien befinden sich Teile der Konsumgüter- und solche der Produktionsgüterindustrie.

Es ist der erklärte Zweck des Planes, die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft und der deutschen "Friedens"industrien zu fördern. Der Plan beruht offenkundig auf der Annahme, daß solche "Friedens"industrien trotz den tief einschneidenden Beschränkungen der Schwerindustrie entwickelt werden können. Das Mißverhältnis zwischen den vorgesehenen Quoten für die Konsumgüterindustrie und jenen für die Produktionsgüterindustrie ist augenfällig. Wie soll etwa die Textilindustrie imstande sein, 77% der Vorkriegsproduktion zu erreichen, wenn die Industrie, die in der Textilindustrie verwendeten leichten Maschinen erzeugt, nur 50% ihrer alten Kapazität erreichen darf? Die im Plan vorgesehene Produktion von Werkzeugmaschinen ist so lächerlich gering, daß sie kaum genügt, die vorhandenen Maschinen zu ersetzen. Der Plan bedeutet nicht nur den Verfall der Produktionsgüterindustrie, sondern er zeigt klar den reaktionären Charakter des Imperialismus, durch den die deutsche Wirtschaftskapazität auf die Stufe der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgedrängt wird. Aber damals lebten auf einem Gebiet, das die Agrargebiete Ostdeutschlands einschloß, etwa 45 Millionen Menschen. Heute sind 70 Millionen Menschen auf einem um ein Viertel kleinerem Gebiet zusammengedrängt, dessen Städte größtenteils verwüstet sind.

Dieser Plan war aber schon bei seiner Geburt zum Scheitern verurteilt, nicht nur weil sich die Produktivkräfte eines höchstentwickelten Industriestaates nicht ohne die tödlichsten Auswirkungen für den ganzen sozialen Organismus in ein Prokrustesbett zwingen lassen, sondern da dieser auch den verschiedenen, entgegengesetzten Interessen der Besatzungsmächte nicht mehr entspricht. Um aus Deutschland einen möglichst hohen Anteil an Reparationen, unter welchen Formen dies immer geschieht, zu erzwingen, muß man die Produktionskapazität erhöhen. Der Kampf unter den Siegermächten geht nun um die Form und den Anteil an diesen Reparationen, die letzten Endes von den deutschen Werktätigen bezahlt werden müssen.

Die Gegensätze unter den Siegermächten

Die Besatzungsmächte verfolgen in bezug auf Deutschland eine Politik, die sich mit ihren eigenen Interessen in Übereinstimmung bringen läßt.

Den V e r e i n i g t e n S t a a t e n und E n g l a n d gelang es durch den Krieg die deutsche Wirtschaft als Konkurrenz am Weltmarkt zu beseitigen. Die Besetzung Deutschlands dient nun folgenden Zielen:

Erstens um Deutschlands ökonomisches Potential auf einem Niveau zu halten, das einen beschränkten Wiederaufbau seiner Wirtschaft mit Hilfe des amerikanischen und englischen Kapitals zuläßt. Zweitens um mit Hilfe der militärischen Besetzung Zentral Europas einen ständigen Druck gegen die SU und ihr "Glacis" anzuwenden und eine wirksame konterrevolutionäre Kontrolle über den Rest des Kontinents auszuüben.

Diesen Zielen dienen die Bestrebungen dieser beiden Mächte, Deutschland wohl als ökonomische Einheit wieder erstehen zu lassen, seine politische Verfassung aber in der Form einzelner

föderativer Staaten festzulegen. Es handelt sich also darum, Deutschland in ein Mosaik von Kleinstaaten zu zerschneiden, es auf den Stand seiner feudalen Gliederung vor 130 Jahren wieder zurückzuwerfen. Gegenüber einer vereinigten kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands, werden so die deutschen Arbeiter durch die provinzielle Aufspaltung ihrer Parteien und ihrer Gewerkschaften in Ohnmacht gehalten.

Zur Durchführung und Stärkung dieser Politik haben die beiden Mächte Anfang dieses Jahres ihre Zonen wirtschaftlich vereinigt, die Reparationslieferungen an die SU schon vorher aus ihren Zonen eingestellt und somit die SU und Frankreich vor eine vollzogene Tatsache gestellt.

Der französische Imperialismus, seiner ganzen schwächlichen Lage bewußt, geht hier noch einen Schritt weiter, indem er auch die ökonomische Einheit Deutschlands, wie auch jede weitere Erstarkung seiner Wirtschaft ablehnt und im besonderen die Abtrennung des Rheinlandes, des Ruhrgebietes und der Saar verlangt. Das bedeutet der deutschen Wirtschaft das industrielle Herz zu entreißen. Des weiteren verfolgt er in Deutschland eine Politik des Plünderns, um das gewaltige Defizit seiner eigenen Wirtschaft zu ersetzen und setzt seine Intrigen fort, die darauf abzielen die Vereinigung des Landes um jeden Preis zu verhindern und seine Zerrissenheit zu verstärken und aufrecht zu erhalten.

Die Politik der Stalinbürokratie in Deutschland ist auch hier von dem widerspruchsvollen Doppelcharakter ihres Regimes bestimmt. Einerseits ist sie darauf gerichtet, Deutschland industriell und militärisch dauernd entscheidend zu schwächen, möglichst viel an Reparationen aus der laufenden Produktion zu entnehmen und ohne selbst als Kapitaleporteur aufzutreten, seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft durch die Besitznahme von ganzen Unternehmungen und Gründung von 50%igen Anteilsgesellschaften sicherzustellen. Ihre Politik ist vor allem durch die Furcht bestimmt, daß Deutschland wieder das antisowjetische Hauptbollwerk in Europa werden kann. Andererseits versucht sie durch eine in den einzelnen Teilzügen sich objektiv fortschrittlich auswirkende Politik, das deutsche Proletariat und die Mittelschichten für sich zu gewinnen, mit dem Ziel, durch die Schaffung einer Massenbasis die Vernichtung oder Neutralisierung der Kräfte, die sich in Opposition gegen die SU befinden, herbeizuführen. Die Agrarreform ist mit dem besonderen Ziel gemacht worden, die soziale Basis der Macht der preussischen Militär- und Junkerkaste zu vernichten und die Sympathie der mit Boden beteiligten Bauern zu gewinnen. (Es erhielten etwa 390.000 Bauernwirtschaften 1,816.000 Hektar Land. Das erhaltene Land ist von den Bauern binnen zehn bis zwanzig Jahren ratenweise zu bezahlen, wobei den Ratenzahlungen der Wert der jährlichen Ernte zugrunde gelegt wird.) Andererseits können diese fortschrittlichen Maßnahmen nur im Rahmen der allgemeinen Politik der Stalinbürokratie gegen die Massen richtig bewertet werden, die sie ihrer demokratischen Grundrechte, wie des Selbstbestimmungsrechtes beraubt hat, die die Arbeiterbewegung, Parteien und Gewerkschaften gewaltsam bürokratisiert, die proletarische Demokratie erstickt, ganze Bevölkerungsgruppen deportiert und ganze Fabrikanlagen abmontiert. Diese Politik kompromittiert das Ansehen der SU als einen Arbeiterstaat in den Augen der Massen und mobilisiert sie gegen die Stalinbürokratie, ebenso wie gegen die SU, da die Massen den wahren, widerspruchsvollen, verräterischen Doppelcharakter der Stalinbürokratie nur schwer erkennen.

In bezug auf die zukünftige politische Verfassung Deutschlands vertritt die SU die These einer einheitlichen zentralen Re-

gierungsgewalt auf der Grundlage der Weimarer Verfassung des bürgerlich-kapitalistischen Deutschlands vom Jahre 1920. Sie ist aber wie die Moskauer Konferenz zeigte, auch hier bereit den Forderungen des anglo-amerikanischen Blocks nach einer föderativen Gliederung Deutschlands nachzugeben.

Die Lage der Bourgeoisie und der Mittelklasse

Die deutsche Monopolbourgeoisie, infolge des Verrates der Stalinpartei und SPD, die Mittelschichten mit sich ziehend und in die Arme des Faschismus treibend, war verantwortlich für die Machtergreifung des deutschen Faschismus. Der militärische und po-

Wir sind illegal!
Beachtet die konspirativen Regeln!

litische Zusammenbruch
des Faschismus war auch
ihre eigene und bisher
schwerste Niederlage.

Als im Jahre 1944,
nach dem Gelingen der In-
vasion, die unvermeidli-
che Niederlage Hitler

deutschlands feststand und sich in einem Teil der herrschenden Klasse eine ernsthafte Opposition gegen die weitere aussichtslose Kriegsführung an zwei Fronten zeigte, versuchte die deutsche Bourgeoisie die Hitlerclique durch den mißglückten militärischen Putschversuch vom 20. Juli zu stürzen und mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus noch in letzter Stunde eine gemeinsame Front gegen die SU zustande zu bringen. Nach dem Zusammenbruch dieser Aktion nahm Hitler nun die Staatsmacht umso fester in seine Hände. An die Massen wagten die oppositionellen Kreise der Bourgeoisie aus Furcht vor der revolutionären Bewegung nicht zu appellieren. Das Proletariat selbst war atomisiert, ohne eigene Organisationen, führungslos. So war die deutsche Bourgeoisie weiter auf Gedeih und Verderb mit dem Hitlerregime verbunden. Die katastrophale Niederlage und völlige Besetzung zersprengte sie zum Teil und trieb sie vor allem vor der heranrückenden Roten Armee zur Flucht nach dem Westen. Dies lähmte ihre physische und politische Kraft völlig in der ersten Phase der Niederlage. Durch das Ausbleiben der proletarischen Revolution und die sich an sie wendenden Sieger ermutigt, nahm ihr weniger kompromittierter Teil die politische Tätigkeit wieder auf. Sie gründeten bürgerliche Parteien und übernahmen mit Zustimmung der Besatzungsmächte Regierungs- und Verwaltungsfunktionen ein. Es waren vor allem zwei Parteien, die sich hier herausgebildet haben: Die "Christlich-Demokratische Union", die sich erstmalig mit Genehmigung der Sowjetbürokratie im Juni 1945 in Berlin konstituierte und die Liberaldemokratische Partei. Diese Parteien gewannen in den ersten Wahlen erhebliche Stimmen als bürgerliche Sammelparteien. In den Westzonen erhielten sie mit Hilfe der Imperialisten die absolute Mehrheit. Vor allem folgten ihnen noch immer bedeutend große Teile der pauperisierten Mittelschichten, die noch von den politischen Enttäuschungen, die sie durch den Faschismus erlitten haben, betäubt waren und im Proletariat, als Folge von dessen/Führungshörigkeit keine Kraft sahen, die ihnen geholfen hätte.

Dadurch war es der deutschen Bourgeoisie möglich sich wieder etwas aufzurichten, einen provisorischen Staatsapparat aufzubauen und die Durchführung jeder wirklichen Arbeiterkontrolle der Produktion und Agrarreform, vor allem in den Westzonen zu verhindern und das Proletariat mit Hilfe der Besatzungsarmeen niederzuhalten. Heute spekulieren sie vor allem auf den steigenden Gegensatz zwischen der SU und dem anglo-amerikanischen Imperialismus im

Weltmaßstabe. Sie ist bereit, sich unter Führung des USA-Imperialismus der allimperialistischen Front gegen die SU einzureihen und hofft dadurch wieder an Weltgeltung zu gewinnen.

Das deutsche Proletariat

Das deutsche Proletariat ist das ehemals mächtigste und am besten organisierte Proletariat Europas, mit einer reichen geschichtlichen Erfahrung, das unter der faschistischen Diktatur des Monopolkapitals völlig entrechtet und atomisiert wurde. Nach dem militärischen Zusammenbruch fehlten in Deutschland die elementarsten politischen, materiellen und menschlichen Voraussetzungen für jede bedeutendere Massenbewegung. Der Wiederaufbau der deutschen Arbeiterbewegung hängt im bedeutenden Maß vom Fortschritt der Wiederbelebung der Wirtschaft in diesem Land, der Sicherung der nackten Existenz (Nahrung, Kleidung und Wohnung), sowie der Eingliederung des Proletariats in die Produktion und einer Erleichterung des Unterdrückungsregimes der Besatzungstruppen ab.

Die Neubelebung der Gewerkschaften, der SPD und Stalinpartei

Die Gründung von Arbeitergewerkschaften, wie auch der politischen Parteien, wurde zuerst in der Sowjetzone erlaubt. In den übrigen Zonen wurde die Bildung selbständiger Arbeiterorganisationen von den Alliierten durch administrative Maßnahmen und Hemmnisse verzögert. So durften z.B. in der englischen Zone die Gewerkschaften nur in lokal beschränkten Verbänden organisiert werden, deren Mitgliederlisten vorher von den Besatzungsbehörden kontrolliert und die Funktionäre von ihnen ernannt wurden. Heute zählen die Gewerkschaften in Deutschland wieder etwa 6 Millionen Mitglieder, davon über 3 Millionen in der Sowjetzone. Eine einheitliche zentrale Organisation für das ganze Reichsgebiet ist noch nicht vorhanden. Auch in der Sowjetzone kann sich die Arbeiterbewegung nicht frei entwickeln und unterliegt dem bürokratischen Terror der Stalinbürokratie.

Von den ehemaligen "Arbeiter"parteien ist die SPD und die Stalinpartei wieder erstanden. In der Sowjetzone mußten sich diese beiden unter dem Diktat der Stalinbürokratie zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigen, die ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Stalinbürokratie ist. Die SPD, die in den Westzonen dominiert, erweist sich dort vor allem als ein verlängerter Hebel des anglo-amerikanischen Imperialismus. Ihre unteren Funktionäre und Organisationen sind aber in letzter Zeit unter dem Druck der steigenden Unzufriedenheit der Arbeitermassen zur Aktion im Interesse der Massen gezwungen worden. In Offenbach bei Frankfurt a.M. besteht eine zentristische Arbeiterpartei die einen lokalen Einfluß auf einige tausend Arbeiter ausübt. Ihre weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Von der Lösung der Aufgabe des Aufbaues der neuen revolutionären Klassenpartei hängt aber die weitere erfolgreiche Entwicklung des Kampfes des deutschen Proletariats ab.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse

Das langsame Anlaufen der Produktion in verschiedenen Produktionszweigen, die steigende Ausbeutung, die sich gewaltig erhöhenden neuen Lohn- und indirekten Massensteuern, die damit verbundene Verelendung der Arbeitermassen, der durch den harten

Winter verstärkt fühlbare Hunger bei einer durchschnittlichen Tagesration von nur 900 Kalorien, die steigende Verbitterung über die ungenügende Entnazifizierung, führten schon in den ersten Monaten des heurigen Jahres zu vereinzelten ökonomischen und politischen Streiks. So hielten die Stuttgarter Gewerkschaften einen kurzen Demonstrationsstreik anlässlich eines Attentats seitens illegaler Faschisten gegen den örtlichen Entnazifizierungsgerichtshof ab. In den Märzwochen spitzte sich die Lage besonders im Ruhrgebiet zu. Dieser hochindustrialisierte Teil Deutschlands, der am meisten unter den Zerstörungen des Krieges litt, zählt 21 Millionen Einwohner. In ihm sind ein Drittel der deutschen Schwerindustrie und 70% der gesamten deutschen Kohlenförderung konzentriert. Die Arbeiterbevölkerung, vor allem die Bergarbeiterfamilien, leiden bei schwerster Arbeit Hunger. Die monatliche Kohlenförderung beträgt heute bereits 40% der Vorkriegsausbeute, die fast ganz den Siegermächten zugute kommt.

Als die Lage für die Massen unerträglich wurde, kam es zu gewaltigen Massendemonstrationen im Ruhrgebiet und in ganz Nordwestdeutschland unter der Losung "Kein Essen - keine Arbeit" oder "Laßt unsere Kinder nicht verhungern!". Diese Bewegung erreichte ihren Höhepunkt in einem 24-stündigen Generalstreik der Ruhrbergarbeiter, dem sich die Arbeiter verschiedener anderer Industrien anschlossen und der sich vor allem gegen die Nahrungsmittelknappheit und die mangelhafte Entnazifizierung richtete. Im Zusammenhang mit diesem Streik gaben die Bergarbeiter eine Erklärung ab, daß sie keine Sonderzulagen wünschten, da solche Sonderzuwendungen die Arbeiterklasse nur spalteten. Dies zeigt von hohem Klassenbewußtsein.

Vor dieser ersten großen Kampfbewegung der deutschen Arbeiter nach 14 Jahren, die durch ihren Muth, ihre wuchtige Kraft, Kampfbereitschaft und vorbildliche Solidarität die ganze Welt aufhorchen lies, wich der englische Imperialismus zurück, der es nicht wagte, seine Soldaten gegen ihre Klassengenossen einzusetzen. Sofortige Lebensmittellieferungen wurden zugesagt. Trotzdem konnte es sich die "Arbeiter"regierung nicht versagen durch ihren Sprecher, den Minister H y n d , die deutschen Arbeiter vor weiteren "nutzlosen Streiks" zu warnen, für jede ausgefallene Schicht ihnen ein Fünftel der zusätzlichen Lebensmittel für einen Monat zu entziehen und in Zukunft mit der "Kontrolle" von Streiks und Demonstrationen die belgische Besatzungsarmee zu betrauen. So werden die unter den Leiden der deutschen Besetzung in Belgien während des Krieges irreführten und chauvinistisch verhetzten belgischen Soldaten von einer "Arbeiter"regierung zur Unterdrückung der deutschen Arbeiter verwendet. Die französische Stalinpartei denunziert und verleumdete den gerechten Kampf der deutschen Arbeiter auf die gemeinste Weise. Die "Humanité" vom 3. April schrieb:

"Die Nazis der britischen Zone haben die Absicht die Unruhen in Deutschland dazu auszunützen, um die deutsche Bevölkerung gegen die Alliierten und gegen Potsdam aufzuwiegeln, wie es schon Schumacher in letzter Zeit tat."

Weiters beklagt sie den Mangel an Kohle für Frankreich und hetzt so indirekt die französischen Arbeiter gegen das kämpfende deutsche Proletariat auf.

Wie anders war hier die Haltung der französischen KP im Jahre 1923, als sie das deutsche Proletariat in seinem schweren Kampf gegen die Ruhrbesetzung aktiv unterstützte und eine gemeinsame Front gegen den raubgierigen Imperialismus bildete. Nur die PCI (sowie alle Sektionen der IV. Internationale) allein erhob auch diesmal in Frankreich die Stimme für den gerechten Kampf des deutschen Proletariats.

Wir müssen in dem Kampf der Ruhrbergarbeiter den ersten großen Schritt zum Wiedererwachen des Klassenbewußtseins des deutschen Proletariats nach 14 Jahren finsterster Nacht sehen. Dieser Kampf beweist aber auch, wie die stalinistische "Volksstimme" einmal richtig schrieb, daß es der Arbeiterklasse möglich ist, einen erfolgreichen Massenkampf selbst unter den schwierigen Bedingungen der Besetzung durchzuführen.

Die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse

Das Elend, die Massennot in Deutschland können nur durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats, durch die Errichtung eines Sowjet-Deutschlands beseitigt werden. Das ist das Ziel, für das das revolutionäre Proletariat Deutschlands kämpfen muß.

Im propagandistischen Kampf für dieses Ziel muß die revolutionäre Avantgarde in Deutschland der Arbeiterklasse geduldig und ausdauernd, alle Erfahrungen des deutschen Proletariats und des Weltproletariats der letzten Jahrzehnte näher bringen. Das ist vor allem die Erfahrung mit der reformistischen Zweiten Internationale, die zur Niederlage nach dem 1. Weltkrieg führte, und die Erfahrung mit dem Stalinismus, die zur Niederlage 1933 und 1945 führte.

Auf ihrer alten Grundlinie, der Linie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Koalitionspolitik, die ihren bürokratischen Interessen entspricht, weiteroperierend, verraten, betrügen SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen das Proletariat und die Massen immer wieder von neuem. Unter der Führung von SP und Stalinpartei geht das deutsche Proletariat, trotz seines heroischen Kampfes, nur neuen Niederlagen entgegen. Unumgängliche Voraussetzung für den Sieg des deutschen Proletariats ist die Schaffung einer internationalen revolutionären Klassenpartei des deutschen Proletariats unter der Führung der IV. Internationale.

Die unmittelbarste Aufgabe des deutschen Proletariats ist der Kampf für die Beseitigung des Elends und des Hungers, der Kampf für den Abzug der Besatzungstruppen und der Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen.

Für diese brennendsten Existenzfragen des deutschen Proletariats muß die revolutionäre Avantgarde eintreten. Wenn auch selbst illegal organisiert, muß sie alle legalen Möglichkeiten ausnützen und mit den Massen selbst den Kampf für folgende Lösungen führen:

ALLE KRIEGSKOSTEN MÜSSEN VON DER BOURGEOISIE BEZAHLT WERDEN.

ENTSCHÄDIGUNGSLOSE ENTEIGNUNG ALLER GROSSINDUSTRIEN, BANKEN UND DES GROSSGÜNDBESITZES.

PRODUKTIONSKONTROLLE UND KONTROLLE DER VERTEILUNG DER PRODUKTE DURCH VON DEN ARBEITERN FREI GEWÄHLTE AUS- SCHÜSSE IN VERBINDUNG MIT DEN GEWERKSCHAFTEN.

FÜR DEN ABZUG ALLER BESATZUNGSARMEEEN BEI GLEICHZEITIGER VERBRÜDERUNG MIT DEN SOLDATEN DER IMPERIALISTISCHEN ARMEEEN UND DER ROTEN ARMEE.

KOALITIONSFREIHEIT, VEREINSFREIHEIT UND PRESSEFREIHEIT FÜR DIE MASSEN.

FÜR DIE DEMOKRATISIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN, WÄHLBARKEIT UND ABSETZBARKEIT ALLER FUNKTIONÄRE DURCH DIE ARBEITER.

FÜR DIE BILDUNG EINER EINHEITLICHEN KAMPFFRONT VON SP, KP UND GEWERKSCHAFTEN GEGEN KAPITALISMUS, FASCHISMUS UND REAKTION.

FÜR EIN UNABHÄNGIGES, FREIES UND ZENTRALISTISCHES DEUTSCHLAND.

Bei all diesen Forderungen und Lösungen müssen die revolutionären Internationalisten den Arbeitern, besonders dem fortgeschrittensten Teil unter ihnen, immer wieder erklären, daß es sich bei all diesen Forderungen nur um Tagesforderungen, Teilforderungen, nur um Übergangsforderungen handelt, daß selbst dann, wenn die Verwirklichung der einen oder anderen gelingt, es sich nur um einen vorübergehenden Sieg handelt. Endgültig, dauernd wird das deutsche Proletariat erst dann siegen, wenn es ihm gelingt, die deutsche Bourgeoisie zu stürzen.

MIT DER IV. INTERNATIONALE FÜR EIN SOWJETDEUTSCHLAND,
FÜR DIE VEREINIGTEN SOWJETSTAATEN VON EUROPA!

XXXXX

STREIFLICHTER:

100.000 Arbeiter in Madras (Indien) streiken für die Freilassung eines trotzkistischen Gewerkschaftsführers. Die Regierung des Kongresses hat unseren Genossen A n t o n y p i l l a i, Mitglied des Zentralkomitees der B.L.P.I. (der indischen Sektion der IV. Internationale) und Präsident der Gewerkschaftszentrale von Madras verhaftet.

Aus Protest gegen diese willkürliche Maßnahme sind 100.000 Arbeiter von Madras in Streik getreten.

Der Vorwand für die Regierung zur Verhaftung unseres Genossen war, daß er "einen illegalen Streik begünstigt, daß er die Autorität der Regierung untergraben und daß er sich der gesetzlichen Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden widersetzt habe". Seit dem 11. März stehen 14.000 Arbeiter der Textilindustrie im Streik. Um sich bei den europäischen Besitzern der Spinnereien beliebt zu machen, verfolgt die Regierung des Kongresses einen Arbeiterführer, der mit dem Kampf der Massen seit Jahren verbunden ist.

Am 31. März, dem Tage des Proteststreikes, wurden sehr starke Polizeikräfte in den Straßen von Madras zusammengezogen.

Das Komitee der Hindu-Gewerkschaften der Provinz hat die Regierung wissen lassen, daß, wenn der Genosse A n t o n y p i l l a i nicht freigelassen wird, zum Protest ein Generalstreik in der ganzen Provinz Madras organisiert werden wird.

("La Verité")

Die "Demokraten" an der Arbeit. Die österreichische SP erklärte den Arbeitern immer wieder, nichts machen zu können, solange Österreich besetzt ist, solange von Besatzungsmächten immune Abgeordnete

verhaftet worden. Wie sehen die Dinge in Frankreich aus, wo ihr Parteigenosse R a m a d i e r Ministerpräsident ist?

Nachdem die französische Regierung schon vor einiger Zeit immune indochinesische und algerische Abgeordnete verhaften ließ, wurden jetzt von ihr fünf immune Abgeordnete von Madagaskar verhaftet. Die SP-Abgeordneten in der französischen Kammer stimmten für die Verhaftung, die Stalinpartei, statt dagegen zu stimmen, enthielt sich verräterischerweise der Stimme. Das "Verbrechen" der verhafteten Abgeordneten besteht darin, sich zu Sprechern des Befreiungskampfes ihrer unterdrückten Völker gemacht zu haben, d.h. eines Kampfes, den die SP für Österreich mit soviel Worten und so wenig Taten führt.

Obwohl die verhafteten Abgeordneten der Stalinpartei nahestehen, ist die PCI die einzige Partei im Mutterland des französischen Imperialismus, die gegen die Verhaftung von immunen Abgeordneten protestiert und die Arbeiter auffordert, den Kampf für deren Befreiung zu führen.

Ein bemerkenswertes Selbstgeständnis. In dem in der A.Z. vom 23. April 1947 veröffentlichten Leitartikel ihres schwedischen Korrespondenten "Kampfstimmung in Schweden", wird über die zunehmende Zuspitzung der Klassengegensätze in Schweden berichtet, wobei ihr ein bemerkenswertes Selbstgeständnis über die Existenz und die Rolle der Arbeiterbürokratie entschlüpft. Es heißt dort, in bezug auf die Gefahr und die Folgen eines Sturzes der SP Mehrheitsregierung bei den kommenden Reichstagswahlen 1948 in Schweden:

"Auf dem Spiel steht aber auch etwas, das oftmals allzu leicht unterschätzt oder gar übersehen wird: ein sehr bedeutender sozialer Aufstieg von Angehörigen der Arbeiterklasse vollzieht sich innerhalb der modernen Demokratie dadurch, daß Tausende entweder direkt oder indirekt sozial leitende Funktionen übernehmen oder die Möglichkeit bekommen, sich auf diese vorzubereiten. Diese soziale Zirkulation ist in Schweden besonders entwickelt. In einem demokratischen Staat, in dem sich mit dem gesteigerten Einfluß der Arbeiterbewegung nicht auch wesentliche personelle Veränderungen in der Verwaltung ergeben, müssen Gegensätze entstehen, die einer progressiven Entwicklung der Demokratie schwere Hindernisse in den Weg legen. (Unterstreichungen durch die Red.)

Nein, wir können der SP versichern, daß wir internationalen Kommunisten diese Frage keinesfalls unterschätzen oder gar übersehen. Im Gegenteil, wir erblicken eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, der Arbeiterklasse die historischen Ursachen, die zur Entstehung dieser verbürgerlichten Arbeiterbürokratie führten, und ihre Lakaienrolle gegenüber der Bourgeoisie zu erklären.

XXXXX